

Datum: 16.12.2011

NEUE  
**LUZERNER ZEITUNG**



**EV/UP** ERDÖL-VEREINIGUNG  
UNION PÉTROLIÈRE

Neue Luzerner Zeitung AG  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 81'451  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 4  
Fläche: 55'305 mm<sup>2</sup>

# Ständerat lehnt Kehrtwende ab



Bundesrätin Doris Leuthard und Bruno Oberle, Direktor  
des Bundesamtes für Umwelt, gestern im Ständerat.

Keystone/Lukas Lehmann

**ARGUS**   
MEDIENBEOBACHTUNG

Medienbeobachtung  
Medienanalyse  
Informationsmanagement  
Sprachdienstleistungen

ARGUS der Presse AG  
Rüdigerstrasse 15, Postfach, 8027 Zürich  
Tel. 044 388 82 00, Fax 044 388 82 01  
www.argus.ch

Argus Ref.: 44547134  
Ausschnitt Seite: 1/2



Neue Luzerner Zeitung AG  
6002 Luzern  
041/ 429 51 51  
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 81'451  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 719.10  
Abo-Nr.: 1077515  
Seite: 4  
Fläche: 55'305 mm<sup>2</sup>

HANSPETER GUGGENBÜHL, BERN  
schweiz@luzernerzeitung.ch

## KLIMASCHUTZ Der Ständerat erleichtert den Bau von Gaskraftwerken. Damit sind die Differenzen im CO<sub>2</sub>-Gesetz bereinigt. Doch die Schweizer Klimapolitik bleibt umstritten.

Mit einem Paukenschlag begannen gestern im Ständerat die Beratungen zur Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes: Der Glarner Pankraz Freitag (FDP) beantragte die Rückweisung der Vorlage. Seine Begründung: Das Verbot von neuen Kernkraftwerken in der Schweiz, die schwachen Ergebnisse der UNO-Klimakonferenz in Südafrika und der Ausstieg von Kanada aus dem Kioto-Vertrag hätten die klimapolitischen Rahmenbedingungen verändert. Darum müsse der Bundesrat ein neues Gesetz ausarbeiten, das den veränderten Bedingungen Rechnung trage und die Interessen der Schweizer Industrie stärker berücksichtige. Die Schweiz, so Freitag, wolle beim Klimaschutz den «Musterschüler» spielen und riskiere damit, die von der Schuldenkrise ohnehin gebeutelte Wirtschaft noch mehr zu gefährden.

### «Überraschungscoup» gescheitert

Freitags Forderung, welche die Exportindustrie mit intensivem Lobbying ausgelöst hatte, stiess bei einigen bürgerlichen Ständeräten auf Sympathie: Der Thurgauer Roland Eberle (SVP) und der Walliser René Imoberdorf (CVP) unterstützten den Antrag. Selbst Kommissionspräsident Filippo Lombardi (CVP) bekannte: «Ich habe dafür Verständnis.»

Der Luzerner CVP-Vertreter Konrad Graber kritisierte hingegen den «Überraschungscoup». Auch Umweltministerin Doris Leuthard zeigte sich «erstaunt» über diesen späten Antrag, nachdem Bundesrat und Parlament schon jahrelang über die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes verhandelt hatten. Leuthard bestritt in

der Debatte das von Freitag vorgebrachte Argument, die internationalen Klimaverhandlungen seien gescheitert.

Die Umweltministerin wehrte sich auch dagegen, die Dinge zu vermischen: «Der Ausstieg aus der Kernenergie findet nicht morgen oder übermorgen statt.» Beim CO<sub>2</sub>-Gesetz gehe es nicht um eine Atomausstiegsdebatte, sondern um die Klimaziele bis zum Jahr 2020, also noch um die Zeit vor einem allfälligen Atomausstieg.

«Damit würden wir alles, was wir klimapolitisch beschlossen haben, wieder über Bord kippen», bekräftigte auch die Zürcher GLP-Vertreterin Verena Diener. Das sei eine «inszenierte Kehrtwende», kritisierte Diener weiter. Schliesslich hätten die beiden Räte Tage damit verbracht, um an den Formulierungen des Gesetzes zu feilen.

### Kleinere Hürde für Gaskraftwerke

Dieners Meinung schloss sich die Mehrheit des Ständerates an und versenkte den Rückweisungsantrag mit 30 gegen 8 Stimmen. Worauf sich die Kleine Kammer wieder dem Inhalt des neuen Gesetzes respektive den Differenzen gegenüber dem Nationalrat widmen konnte. Dabei fällt sie folgende Beschlüsse:

Wer hierzulande ein neues Gaskraftwerk baut und betreibt, muss den daraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Ausstoss kompensieren, dies aber nur zur Hälfte im Inland. Der Ständerat folgt damit dem Nationalrat, nachdem er ursprünglich nur eine 30-prozentige Kompensation im Ausland zulassen wollte. Die Erhöhung des Kompensationsanteils im Ausland auf 50 Prozent verringert die Hürde zum Bau inländischer Gaskombikraftwerke, mit denen Energieministerin Doris Leuthard einen Teil des Atomstroms ersetzen will. Der Ständerat verzichtet zudem auf eine allfällige («subsidiäre») CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffen; damit folgt er aus abstimmungstaktischen Gründen ebenfalls dem Nationalrat. Bisher war eine Mehrheit des Ständerates der Ansicht gewesen, ohne eine

solche Abgabe liessen sich die Klimaziele nicht erreichen.

Nach den gestrigen Beschlüssen bleiben nur noch geringe Differenzen. Falls der Nationalrat auf die Linie des Ständerats einschwenkt, kann das Parlament das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz in der laufenden Session bereinigen. Doch damit ist das Ringen um die künftige Schweizer Klimapolitik noch nicht beendet.

### Referenden drohen

Als Erstes drohen Referenden: Der Entscheid des Verbandes der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) für oder gegen ein Referendum sei noch offen, erklärte gestern Verbandssprecher Ivo Bachmann gegenüber unserer Zeitung. Auch andere Wirtschaftsverbände erwägen ein Referendum. Der Dachverband Economie-suisse hat ein Referendum schon früher angekündigt, um Druck auf Inhalt und Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes zu machen, ist in den letzten Wochen aber zurückgekrebt.

### Politischer Wille nebulös

Zweitens ist nebulös, wie konsequent der Bundesrat das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz umsetzen wird. Beispiel: Artikel 3 verlangt, dass die Schweiz die Gesamtmenge ihrer Klimagase bis ins Jahr 2020 allein im Inland um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 senken muss. Bundesrätin Doris Leuthard hingegen will in der Ausführungsverordnung ausländische Emissionszertifikate als Inlandmassnahmen anrechnen lassen, falls die Schweiz dem europäischen Emissionshandel-System ETS beiträgt. Damit würde das Klimaziel durchlöchert.

Die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes dient als indirekter Gegenvorschlag zur linksgrünen Klimainitiative; diese fordert bis ins Jahr 2020 in der Schweiz eine 30-prozentige Reduktion der Klimagase.

Die Initiative wirkt damit auch als Druckmittel für einen stärkeren Klimaschutz.